

Kaukasische Post

 04706940
 002401033

 Erscheint 2-mal wöchentlich:
 am Donnerstag und am Sonntag.

 Bezugspreis: 12 R. 50 K. für 1 Mt. Anzeigen:
 die 3-mal gebaltene Kleinzeile auf der ersten
 Seite 1 R. 50 Kov. auf der 4. Seite 1 R.

Nr. 57.

Tiflis, den 24. Juli 1919.

11. Jahrgang.

Vereinskommission.

In den Schulräumen und im Freien

am Mittwoch, d. 23. Juli, um 7 Uhr abends:

Geselliges Beisammensein

(Domino, Schach, Damen-, Karten- u. andere Spiele)

und TANZ.

Donnerstag, d. 24. Juli, um 7 Uhr abends:

Generalversammlung

 bei einer TASSE TEE, wozu sämtliche frühere Mitglieder
 des Vereins und alle diejenigen (auch Damen), denen die
 Vereinskasse nahe steht, eingeladen sind. Zahlreiches Er-
 scheinen erwünscht.

Sonntag, den 26. Juli,

zu Gunsten des Realgymnasiums

5 1/2 Uhr nachmittags

Kindervorstellung

verbunden mit Spielen und Tanz.

9 Uhr abends.

grosse Kinovorstellung:

Tyrol unter Waffen

u. d.

Jahrhundertfeier der deutschen Kolonien
in Helendorf.Nachfolgend: **Tanz.**Die Veranstaltungen am Mittwoch und Donnerstag finden
bei JEDER WITTERUNG statt.Bei ungünstigem Wetter werden die Veranstaltungen von
Sonntag auf Sonntag, den 27. Juli, verlegt.

Die Kommission.

Zur bevorstehenden Delegierten-Versammlung.

Man sehe sich die Tagesordnung der nächsten Delegierten-Versammlung des Verbandes der transkaukasischen Deutschen, die von dem Zentral-Vorstand auf den 12. August anberaumt ist, gefälligst auf ihre einzelnen Punkte genauer an. Da sind: 1) Bericht des Zentral-Vorstandes über seine Tätigkeit in dem verfloffenen Zeitraum vom 29. April bis zum 12. August d. J. und das Verhalten der Ortsgruppen zu ihren Pflichten gegenüber dem Verbands-Vorstand im allgemeinen und dem Zentral-Vorstand insbesondere. 2) Folgen dieses Verhaltens, die in ihrer Gesamtheit das Verhalten des Verbandes abermals in Frage stellen. 3) Die „Kauf. Post“. 4) Die Einkommensteuer. 5) Die Schulfrage im allgemeinen und die Beischlüsse der Lehrerkonferenz v. 6.—8. August d. J. insbesondere. 6) Die Jubiläumshütungen: a) Taubstummenanstalt; b) Stipendien und c) Altersversorgungskasse für Prediger und Lehrer sowie deren Familien. 7) Wandertelehrer.

Nicht wahr, diese Tagesordnung hat auffallende Ähnlichkeit mit der Tagesordnung der letzten Delegierten-Versammlung, vom 25.—29. April d. J. ? Woher das wohl kommen mag ? Die Antwort ist bereits im zweiten Teil



Nach langem und schwerem Leiden ist den
22. Juli sanft entschlafen

Berg-Ingenieur
Engelbert Jäger.

Die Beerdigung findet Donnerstag, d. 24. Juli,
um 9 Uhr morgens, vom Trauerhause, Michael-
strasse 100, statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

des 1. Punktes der Tagesordnung für die bevorstehende Delegierten-Versammlung gegeben. Es liegt an dem Verhalten der Ortsgruppen zu ihren Pflichten, richtiger gesagt — an dem mangelhaften Verhalten der meisten (gottlob! nicht aller) Ortsgruppen zur Erfüllung der von ihnen, durch ihre Vertreter auf der letzten Delegierten-Versammlung, nach reiflicher Überlegung aller Für und Wider freiwillig übernommenen Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit des transkaukasischen Deutschthums, d. h. dem Verbands-, und damit zugleich gegenüber dem von ihnen selbst, wiederum nach reiflicher Überlegung und aus freien Stücken, ja, ungeachtet der vorausgesetzten leibschäftlichen Wahlgültigkeit — wir können es nicht genug betonen — freiwillig erforderten Verwaltungsausschuss, d. h. dem Zentral-Vorstand.

Es ist gewiss ein harter Tadel, den wir hiermit an die Adresse der betreffenden Ortsgruppen richten, an Gruppen deutscher Männer und Frauen, die bisher bei Freund und Feind, bei allen Umständen als Beispiele der Pflichttreue galten, und zwar hauptsächlich deshalb, weil letztere sich den deutschen Mann und die deutsche Frau überhaupt nicht anders als pflichtgetreu denken können und weil sie in dieser Voraussetzung erst unlängst noch durch das in dieser Hinsicht tadellose Verhalten der reichsdeutschen Militär- und Zivilpersonen auf's nachdrücklichste bekräftigt worden sind. Das gefälligte Wort von der „deutschen Treue“ bezieht sich ja bekanntlich in erster Linie auf die deutsche Pflichttreue. Was aber würden dieselben Umwohner von unseren Kolonisten sagen, wenn sie Einblick in die unzähligen Schreiben des Zentral-Vorstandes an die Vorstände der einzelnen Ortsgruppen nehmen und aus ihnen ersehen könnten, wie — man entschuldige den scharfen Ausdruck, aber wir finden keinen passenderen — wie schwachlos bar von jeder Gewissenhaftigkeit das laze, dem gewöhnlichsten Begriff der Wohlerzogenheit hohnsprechende Schweigen jener Vorstände auf die in der Mehrzahl der Fälle hochwichtigen Anfragen — im ausschließlichen Interesse der Ortsgruppen! — sich ausnimmt? Nur überbeherliche Voreingenommenheit, blinder Glaube an die deutsche Lichtheit, verblendete Liebe wären insinnde, auch unter so erschwerten Umständen die offen zutage getretene Schamlosigkeit zu übersehen oder gar zu entschuldigen. Deutsche Art hat hier aufgehört zu sein. Die Vorstände der schuldigen Ortsgruppen (schuldig, weil sie solche Vorstände erwählt haben; wie lautet doch gleich die russische Redensart: „КАКОВЫ ПОШЕ, ТАКОВЫ И ПРИХОДЪ“, verdeutscht: „wie das Haupt, so die Glieder.“) haben sich als undeutsch erwiesen, und wenn heute durch diese Zeilen ihre Schwärze vor aller Welt offenbar wird, so rettet sie vor der persönlichen Verachtung nur der Umstand, daß wir

aus — vielleicht übertriebener — Rücksicht vorläufig weder ihre Namen, noch die Namen der von ihnen vertretenen Ortsgruppen der Öffentlichkeit verraten. Die Nichtachtung aber, die sie dem Zentral-Vorstand gegenüber verbrochen haben, trifft sie selbst und die hinter ihnen stehenden Stammesgenossen (von „Schillers-Stamme“? würde Meißner Schande-Buku erkaunt fragen) weit mehr, als den Zentral-Vorstand, der seine Pflicht, so gut er konnte, erfüllt hat. Sie trifft sie rückwirkend, wie jede Schuld schließlich auf den Schuldigen zurückfällt. Das Schlimme ist und bleibt dabei aber doch die grobe Verunglimpfung des guten deutschen Namens, den ja leider auch sie tragen, und das hierdurch allerdings die Behauptung derjenigen erhärtet wird, die dem Verbands der transkaukasischen Deutschen die Systemberechtigung abtreden (leider befindet sich unter ihnen auch mancher europäische Deutsche, oder „Deutschländer“, der Gelegenheit gehabt hat, hinter die Kulissen unseres transk. Deutschthums zu blicken).

Was würden diese Personen aber erit sagen, wenn sie die Liste derjenigen Ortsgruppen sähen, die ihnen freiwillig — wir möchten dieses Wort wiederum betont wissen — übernommenen Zahlungsverpflichtungen beharrlich nicht nachkommen? Wenn der Zentral-Vorstand von der Veröffentlichung dieser Liste auch absteht, so geschieht das gewiss abermals nur aus übertriebener Rücksicht, oder in der Hoffnung, daß in letzter Stunde das Veräumte doch nachgeholt werden wird. Rüksichtslosigkeit gehört bekanntlich ebenfalls zu den Tugenden des Deutschen, und wenn unsere Kolonisten es in der Zeit des stragen monarchischen Regimes an Rüksichtslosigkeit nicht fehlen ließen, so wird man angesichts des neuerdings eingerissenen Schlandrians fast zum Glauben veranlaßt, daß es sich damals nur um die Wirkung des Zwanges gehandelt habe, mit dessen Schwinden, bei der durch die Revolution gesetzigten freien demokratischen Verfassung, jedes Pflichtgefühl der überwiegenden Mehrheit des transkaukasischen Deutschthums abhanden gekommen ist. Dabei bezieht sich die gerügte Unrücksichtslosigkeit nicht nur auf Zahlungsverpflichtungen neueren Datums, sondern auch auf solche, die bereits vor mehr als einem Jahr zu erfüllen gewesen wären, wie z. B. hinsichtlich Rüksichtlosigkeit: der Auslagen für eine im Auftrage der Delegierten-Versammlung von einem Mitbürger seinerzeit unternommene dringliche Reise; ferner — der Auslagen eines Mitbürgers für Schulbücher, die von den einzelnen Ortsgruppen geordert werden, u. s. w. Einreden, wie z. B.: die Bücher seien ja noch nicht eingetroffen u. dgl. m., können nicht als Entschuldigung der Rüksichtslosigkeit in Bezug auf der erwähnten Schulden dienen, da dieses verabschiedetermaßen sofort, d. h. ohne jede Mahnung von seiten des Zentralauschusses des Verbandes, erfolgen sollte. Dann — die Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich: des Unterhalts des Zentral-Vorstandes, der nur verhältnismäßig geringe Mittel erfordert, und der Herausgabe des Verbandesorganes, der „Kaukasischen Post“, die reichlich bedeutend größere Unkosten verursacht, aber trotzdem noch von der letzten D. P., als „unbedingt notwendig“ anerkannt worden ist, mit der protokolllarlich festgelegten Bestimmung, daß die auf die einzelnen Ortsgruppen entfallenden Beiträge sofort, und nicht später, als zum 1. Mai d. J., dem Zentral-Vorstand zugehelt werden, um in dem Erscheinen der Zeitung keine Unterbrechung (durch Betriebsstörung) eintreten zu lassen. Wenn einzelne Ortsgruppen unter allerhand Vorwänden, die man besser als Klauen oder Pöfen bezeichnen konnte, sich den von ihren Delegierten vorbehaltlos

übernommenen Verpflichtungen nachträglich zu entziehen versücht haben und fortfahren, sich zu entziehen, so verdient diese Art des Stillsitzens die Schuld Herumdrückens wahrhaftig nicht die Bezeichnung „deutsch“, und ist sie nichts weniger als geeignet, die deutschen Kolonisten in Transkaukasien als „Kulturträger“ zu empfehlen. Noch viel weniger deutsch ist das von einigen der sämigen Ortsgruppen beliebte Spekulieren auf die Taube des einen oder anderen begüterten Mitglieds des Zentral-Vorstandes, der „sich wissen werde, woher das fehlende Geld zum Unterhalt des Lektoren und der Zeitung zu nehmen“. Von Mittellosigkeit der in Rede stehenden Ortsgruppen zu sprechen, wird wohl niemand wagen, der die gegenwärtigen Selbstverhältnisse in ihnen kennt und weiß, daß dieselben infolge der außerordentlich hohen Preise, die für deren Erzeugnisse eber anstandslos auf dem Markt gezahlt werden, glänzender sind denn je.

Tragen wir uns nun, nach Beleuchtung der Ursachen, welche die Tätigkeit des Zentral-Vorstandes lähmten, welche Folgen das unvorsichtige Verhalten eines — leider überwiegenden — Teiles der Ortsgruppen zu ihren Verpflichtungen — gegenüber dem Verbands als Gansam und gegenüber dem Zentral-Vorstande als Arbeitsauschuß desselben insbesondere — haben kann oder haben muß, so dürfte die Antwort kurz lauten: Auflösung des Verbandes, mit zwangsweiser, eventuell sogar gerichtlicher Beitreibung der ausstehenden Minderheiten und Kosten der Liquidation der Verbandsorganisation und des Verbandsorgans, der „Kaukasische Post“.

Wieweit diese Aussicht verlockend erscheint, ist eine Frage für sich, die wir weiter unten erörtern wollen. Voransichtlich möchten wir bloß, daß die Schande, die ein solcher Schritt für das Deutschtum in Transkaukasien bedeutete, einen größeren moralischen Schaden als sozialpolitische Nachteile, von den materiellen ganz zu geschweigen, in sich schließen würde, und daß daher jeder von uns alle Ursache hat, sich hierüber klar zu werden, ebe er zu diesem entscheidenden Schritt seine Zustimmung erteilt. Auszulaufen würden uns die Umwohner, die „Völker“, über die viele von uns sich erhaben dünnten, die aber ihre nationalen Verbände und Vereine nicht nur nicht aufzulösen gedenken, gleich uns, sondern — im Gegenteil — immer mehr zu achtunggebietenden und einflußreichen Organisationen auszubauen befreit sind. Der „deutsche Michel“ erschiene da wieder vor ihnen als die föstliche Zersplittertheit ihres heidenden Spottes. Der Schwabe würde in ihrem Munde wieder zur verächtlichen „Schwob“, der deutsche „Kulturträger“ wieder zum elenden „Kulturbürger“.

Die Stellung, die wir im Lande durch unsere Beteiligung zu einem selbständigen Ganzen, dem „Verbande“, unter so erheblichen Mühen erworben haben und fernerhin auch zu behaupten hoffen und dank der wir auch auf ein „München unter der Sonne“ rechnen dürfen, wäre mit einmal verloren, wir würden wieder das, was wir zuvor waren, gehorsame Untertanen, die man nicht viel um ihre Meinung zu fragen brauchte. Nullen, über die man hinweggehen konnte, Bürger eines höchst untergeordneten Grades, denen man einfach nur zu befehlen hätte, da sie ja mundtot geworden wären, zumal, wenn mit dem Verbands gleichzeitigt sein Sprachrohr, die „Kaukasische Post“, zu bestehen aufhörte. Sozialpolitisch wären wir mithin gerade wieder soweit, wie vor der Revolution, wenn nicht gar noch schlimmer daran, da in demokratischen Staat das ausschlaggebende Moment nicht die ausgleichende Kante, sondern die Selbstbetätigung, die Selbstbestimmung bildet, die aber ohne die Möglichkeit, sich im öffentlichen Leben kundzutun, ein Begriff ohne Inhalt ist, ein Faktor ohne realen Wert, ein langweiliges Wort ohne Widerhall. Und das umjomehr, als wir ohne den Verband in Zukunft auch keinen Vertreter aus unserer Mitte in den gesetzgebenden Körperschaften der transkaukasischen Republiken, in denen unsere Kolonien liegen, haben würden. Denn man vergesse nicht, daß, wenn wir heute solche Vertreter — hier, in Georgien, in der Gründungsversammlung, und drüben, in Aserbeidjan, im Parlament — haben, wir diesen Vorzug nur dem Umstande verdanken, daß wir uns rechtzeitig zur Vereinigung (Verband bzw. Nationalräte) haben bereit finden lassen.

Die materiellen Nachteile der Auflösung des Verbandes liegen noch klarer vor aller Augen, als die moralischen und sozialpolitischen. Je größer der Zusammenschluß, desto erfolgreicher das Wirken auch jedes einzelnen.

Das Genossenschaftswesen hat längst Eingang in unsere Kolonien gefunden und wird heute von jedermann als ein hervorragender wirtschaftlicher Fortschritt geriefen. Um wie vieles wertvoller aber wäre erst eine Gesamtgenossenschaft, wie die vom Zentral-Vorband jüngst in Erwägung gezogene Gründung einer Zentralverkaufsstelle für die Erzeugnisse der Kolonien! Dieser Zentral-Verkaufsstelle würde dann gewiß in kürzester Zeit eine Zentral-Einkaufsstelle für die Kolonien an die Seite treten, und im Anschluß daran die Frage der praktischen Verwendung überflüssiger Kapitalien (Bankwesen) gelöst werden. Alle diese Möglichkeiten lassen sich selbstverständlich nicht mit einem Schlage verwirklichen, und nur Dummköpfe können es Jahresgleichen weismachen, daß, wenn der Verband bisher keine wirklichen materiellen Werte gezeitigt hat, hierin ein Beweis für seine Zwecklosigkeit liege. Nom ist auch nicht an einen Tage erbaut worden; je schwieriger die Aufgabe, desto länger die Vorbereitung zu ihr. Jede Arbeit erfordert Zeit; nur der Nichtstauer, der leere Schwäber phantasiert von der Möglichkeit, die ganze Welt im Handumdrehen neuschaffen zu können.

Die „Kaukasische Post“ ist für etliche Ortsgruppen immer noch ein schwer zu verdauender Knodel. Weshalb? Die letzte Delegierten-Versammlung hatte, nach Beilegung der sogenannten „Zwangverteilung“, doch selbst einen Modus ausgebeutet, wie jene am bequemen und am billigen verbreitet werden könnte, und alles schon in bester Ordnung zu sein, zumal die Delegierten von ihrem guten Recht, den Inhalt der Zeitung, als eines ausgeprägten Verbandsorgans, fortan vorzunehmen, ergiebigen Gebrauch gemacht hatten und ihre Befehle in all den darauffolgenden Monaten von der Redaktion aufs gewissenhafteste berücksichtigt worden sind. Daß die „Kauf. Post“ unentbehrlich ist, ist von sämtlichen Delegierten als „außer allem Zweifel stehend“ anerkannt worden, wie auch kein vernünftiger Mensch wird behaupten wollen, daß eine Zeitung der Aufklärung nicht diene, oder, wenn sie solches auch tue, nicht gebildet werden dürfe, weil ihre Herausgabe Geld koste! Wer Geheerren rein persönlicher Natur zugänglich ist, der wird sich natürlich mit Vergnügen jenen Knickern, die meistens zu den Selbstopfern im Dorfe zählen, als würdiger Bundesgenosse im Kampfe gegen die Aufklärung anschließen. Daß aber die übrigen, gesinnungstüchtigen Mitglieder der Ortsgruppen sich diesen paar Wammsdienern und Vertretern einer niedrigeren Gesinnung „in hellen Scharen angeschlossen“ haben sollen, wie die Mißgünstigen behaupten, glauben wir nicht eher, als bis wir einer solchen Massenverwirrung als einer verbürgten Tatsache gegenübergestellt sein werden. Einen derartig geistig armen Splitter des deutschen Volkes, eines Volkes, das unabhägige Heilsehenden hervorgebracht hat, konnten wir nur zurufen: „Gehe unter! Je schneller, desto besser!“ — Es läßt sich nicht leugnen, daß die Unkosten, welche die Herausgabe der „K. P.“ verursacht, groß sind und noch größer sein werden, wie ja auch der Wein, die Kartoffeln und die Milch mit jedem Tage teurer werden. Aber das ist eine vorübergehende Erscheinung, die sich nicht so weiter entwickeln kann, da ja sonst in allernächster Zeit ein Bedro Wein oder ein Pud Kartoffeln je 1000 Abl. und mehr kosten würden und die Milch pro „Krusche“ uns bald hat 3.50 Kop. an die 30.50 Kop. zu stehen kommen müßte, und folgerichtig die Arbeitslöhne (der Seher und übrigen Mitarbeiter an der Zeitung) und die Druckkosten, plus Papierverze, in demselben Verhältnis rapid in die Höhe schnellen müßten. Wenn wir aber die hohen Wein-, Kartoffel- und Milchpreise der Kolonien ertragen, weil wir nicht anders können, so werden wohl auch die Mehrausgaben für den Unterhalt der „Kauf. Post“ von den Kolonisten getragen werden können, weil's eben nicht anders angeht. Kolonisten, die keinen Anstand nehmen, für ein Klavier 12 000 Abl. („nicht teuer“) zu zahlen und nach weitem, ebenso „preiswerten“ Objekten zur Befriedigung ihres musikalischen Sinnes suchen, sie werden gewiß nicht die Mut finden, die Zahlung für die „Kauf. Post“ zu verweigern, da sie sich dadurch vor aller Welt nur lächerlich machen würden. — Wenn die „K. P.“ trotz alledem eingehen soll, so mögen die Ortsgruppen bedenken, daß die Liquidation dieses Unternehmens eine sofortige Ausgabe von annähernd 30 000 Abl. bedeutete, die ohne Fardon von zuständiger Seite beigetrieben werden würde, ein „Spaß“, der den Allzu-Leidgläubigen und Allzu-Kwidrigen erst dann zum Bewußtsein kommen wird, wenn die Exekution bereits auch an ihre Türen klopfen wird.

Und die irreführten „hellen Scharen“ der Mitbürger werden dann alle Ursache haben, sich für ihre Verhängnisse zu bedanken, die Schande dazu bei jenen Maßregeln zu bedanken, die fürwahr nicht wissen, was sie tun. Bewahre Gott euch vor euren Freunden, vor euren Feinden werdet ihr euch schon selber zu schämen wissen!

Die Einkommensteuer war bereits auf der letzten Delegierten-Versammlung Gegenstand lebhafter Erörterung, die zu dem Beschlusse führte, sie grundsätzlich in allen Kolonien einzuführen, um durch sie die allgeredestete Verteilung der von ihren Bürgern zu leistenden Abgaben und Auflagen, unter anderem auch der Beiträge zum Unterhalt der Verbandsadministration und des Verbandsorgans, der „K. P.“, zu gewährleisten. Leider ist das Verändnis für diesen gegenseitigen Beschluß immer noch nicht in genügendem Maße vorhanden; immer auf's neue hört man von dem Widerstande gegen die Einführung der Einkommensteuer seitens gewisser Mitbürger, von denen man gerade das umgekehrte Verhalten zu der wohlgemeinten Absicht der letzten Delegierten-Versammlung, die Schwere der Leistungen auf die Schultern der wirtschaftlich härteren Gemeindegensossen zu wälzen, um die schwächeren zu entlasten, erwarten zu müssen geglaubt hat. Nur in einigen, wenigen Kolonien ist man an die Durchführung des in Rede stehenden Beschlusses der D. V. allen Ernstes geschritten, und sind hier glänzende Erfolge zu bemerken; in den übrigen dagegen fränt man sich nach wie vor, „seine Einkommensquellen aufzudecken und sein der Besteuerung unterliegenden Vermögen der Wahrheit gemäß der zuständigen Steuerkommission aufzugeben“. Wieviel auch nach der betreffenden D. V. in der „Kauf. Post“ über die Einkommensteuer geschrieben wurde, es hat nicht recht gedruchtet. Hoffen wir, daß die bevorstehende D. V. bessere Mittel und Wege finden wird, um diese Art Besteuerung den Delegierten der widerstrebenden Gemeinden — und durch sie den letzteren selbst — begreiflicher zu machen. Gut! Ding will Weile haben!

Die Schlußfrage harret auch noch ihrer Lösung. Der Zentral-Vorband hat sich die größte Mühe gegeben, diese in die Wege zu leiten, aber wie all' sein rechtliches Bemühen, ist auch sie leider an der Gleichgültigkeit der Gemeindegensossen gescheitert, und man ist heute ebensoweit wie zu Beginn der vorigen D. V. Es ist geradezu, als seien unsere Kolonien, mit wenigen Ausnahmen, in einen tödlichen Schlaf versunken. Hoffen wir, daß die Vertreterkonferenz vom 6.—8. August hierin eine Veränderung zum Besseren schaffen wird und daß ihr Ergebnis der unmittelbar nach ihr stattfindenden D. V. die Möglichkeit bieten werden, gestützt auf das maßgebende Urteil der Lehrerschaft, sich endlich an die Neugestaltung unseres Schulwesens zu machen, indem sie praktisch-wertvolle Beschlüsse fassen, die auch den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen und sich nicht durch unerföhrliche Theorien verdrängen lassen werden. — Der Antrag, den ein Teil der Lehrerschaft an den georgisch-deutschen Schulen gestellt hat, nämlich — diese der Landstadt („Semino“) zu übergeben, ist von prinzipieller Wichtigkeit und konnte unter Umständen, falls er von der D. V. geilligt werden sollte, von solchen Folgen für die Zukunft des Deutschtums in Transkaukasien begleitet sein, daß letzteres zum mindesten um seine kulturelle Selbstständigkeit und wohl auch um etliche religiös-sittliche Werte geschnitten werden würde. Wir halten diesen Antrag für zu wichtig, als daß wir ihn hier, bei der summarischen Betrachtung der Aufgaben der bevorstehenden D. V., kurz und bündig abtun dürften, und werden uns daher erlauben, in einer der nächsten Nummern unseres Blattes auf ihn näher einzugehen.

Die wohlthätigen Stiftungen zur Jahrbuchunterstützung werden den Gegenstand eines besonderen Berichtes des Zentral-Vorstandes bilden. Wir wollen ihm nicht vorgreifen und an dieser Stelle nur bemerken, daß die Zeichnung von Spenden an und für sich wohl von Wert ist, aber nutzlos wird, wenn letztere auch nicht sofort einkassiert und wenn gehörig zur Verfügung gestellt werden. Denn, um z. B. die Taubstummen-Anstalt noch im Spätjahr eröffnen zu können, müssen die entsprechenden Bzararbeiten jetzt schon gemacht werden; das ist aber unmöglich, wenn das hierzu erforderliche Kapital ausbleibt und man angezögert der Nachlässigkeit des größeren Teils der Ortsgruppen hinsichtlich der Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht einmal davon überzeugt sein kann, daß die versprochenen Summen auch wirklich einfließen werden.

Für den Wanderlehrer, dieses überaus notwendige Bindeglied zwischen dem Zentral-Vorstand und den Ortsgruppen, sind die erforderlichen Geldmittel bisher auch noch nicht aufgebracht worden, obgleich er seine Rundreise durch die Kolonien, um die geeignete Zeit für sie nicht zu verpassen, bereits angetreten hat und dabei, in Ermangelung von Reisebesen, die der Zentral-Vorstand ihm längst hätte austreten müssen, die er ihm aber nicht gewähren kann, weil es ihm dazu an den nötigen Barmitteln fehlt, in Auslage ist, ein Umstand, der den sammlischen Gemeinden zur Last gelegt werden muß.

Im Hinblick auf alle obigen Georierungen und Erwägungen erscheint es dringend geboten, daß zu der bevorstehenden Delegierten-Versammlung als Vertreter der einzelnen Ortsgruppen die verhandigten Wähler entsandt und daß dieselben mit Instruktionen versehen werden, die auf der Meinung beruhen, den Beschlüssen der Ortsgruppen-Versammlungen beizustimmen und die Delegierten inband setzen, an der Beschlußfassung der D. V. in der überzeugung teilzunehmen, daß ihre Aufgaben von den durch sie vertretenen Gemeinden auch wirklich als für sich verbindlich werden erachtet werden.

Hinzufügen möchten wir noch, daß es selbstverständlich Pflicht der mit ihnen Jablungen im Rückstand befindlichen Ortsgruppen ist, dieselben unverzüglich und in keinem Falle später als bis zur kommenden D. V. zu begleichen, sei es auch nur deshalb, um ihren Vertretern auf letzterer davor zu bewahren, vor der Versammlung für ihre Auftraggeber ob deren undeutscher Pflichtvergessenheit eröten zu müssen.

Zur politischen Lage.

Inland. — Ein sogenannter „Tag der Front“, eine Sammlung von Spenden zugunsten der die „revolutionäre Front“ schützenden und, wo erforderlich, verteidigenden Truppen (reguläre Armee und Volksgarde) ist in der vorigen Woche während zweier Tage in ganz Georgien veranstaltet worden und zwar, wie nicht anders zu erwarten war, mit außerordentlichem materiellen Erfolge. Anlässlich dieser Veranstaltung brachten die Tagesblätter aller Parteischattierungen und ohne Unterschied der nationalen Zugehörigkeit sympathisch gehaltene Betrachtungen. Aus der Fülle derselben sei hier die der halbamtlichen, sozialistischen „Vorja“ im Auszuge wiedergegeben: . . . Und so ist denn heute der Tag, an welchem die Blicke sämtlicher Bürger des freien demokratischen Georgiens auf seine revolutionäre Front gerichtet sein müssen, auf seine revolutionäres Heer, das mit stolzer Brust, mit eigener Hand seine Befreiung eritrebt und die bereits eroberte Freiheit verteidigt. Eine solche Front, solch ein Heer sind fürwahr der Ahtung und der Unterstützung wert. Wägen wir hier zu Hause auch hungern, notleiden, arm sein, — dort an der Front muß alles reichlich vorhanden sein, dort darf keine Not herrschen. Unsere Front, unsere revolutionäre Armee, sie sind Fleisch von unserem Fleisch, Blut von unserem Blut. Dort kämpfen unsere besten Genossen, dort verteidigen sie unsere Unabhängigkeit und nicht nur sie. Unsere Unabhängigkeit ist für uns Sozialdemokraten nicht Selbstzweck, nein, sie ist bloß ein Mittel zur Erreichung unseres Endzwecks — des Sozialismus. Unsere Front verteidigt unsere Freiheit, behauptet die Errungenschaften der großen russischen Revolution. Und wir alle wollen mit unseren Truppen, mit den Genossen an der Front Hand in Hand vorwärts geben, entgegen einer besseren Zukunft!“

— In Tiflis prangten an den genannten Tagen alle Häuser im Schmuck der nationalen (georgischen) Träggen und herrichte auf allen Straßen und öffentlichen Plätzen ein überaus reges Leben, dem die Klänge vorüberziehender Musikchöre ein festliches Geräusch verliehen. Am Abend waren die wichtigsten Regierungsgebäude (das Palais, der Stab, die Stadtduma), das Kronstheater und etliche Privathäuser illuminiert. Die öffentliche Ruhe wurde in keinem Weise gestört. Ja, man kann sagen: das georgische Volk versteht zu feiern! —

Ausland. — Die unlängst verbreitete Nachricht, daß die Engländer den Kaukasus nicht später als am 15. August endgültig verlassen würden, bestätigt sich nicht. Die „Vorja“ will von offizieller Seite erfahren haben, daß den August über die Engländer jedenfalls hier bleiben. — Von den italienischen Truppen, die doch die englischen ersetzen sollten, ist garnicht mehr die Rede. So nebenbei

hört man aber, daß sie garnicht mehr zu erwarten seien, da infolge der Unruhen in Italien selbst von einer Entsendung der italienischen Truppen abgesehen werde. — Nicht belanglos für die Zukunft der transkaukasischen Republiken, also auch Georgiens, ist die soeben hierher gemeldete, prinzipiell wichtige Anordnung General Erdeli's, des derzeitigen obersten Vertreters der „Freiwilligen-Armee“ im Daghestan, Dzergetsch und dem Gouvernement Kizilbad, laut welcher die aderbaidjaner und Bafur Bona in den ihm unterstellten Landesteilen des wiederzuerwerbenden Russischen Reiches gänzlich aus dem Verkehr gezogen werden. Innerhalb sieben Tagen müssen diese Bona zur Einwechslung gegen „andere Wertgegen“ wo gehörig vorge stellt sein; nach diesem Termin verlieren sie ihre Gültigkeit. Offenbar kostt Gen. Erdeli, Aderbaidjan durch Aushungern in seine Gewalt zu bekommen, nachdem ihm ein weiterer Vormarsch diesseits Terent's durch das Dzwischentreten der britischen Regierung (Demarkationslinie) unmöglich gemacht worden ist. — Übrigens ist im Daghestan auf Anstößen des Scheichs Isam ein Aufstand ausgebrochen. Die Russen haben die „Freiwilligen“ geschlagen und sind nach den letzten Nachrichten bis 7 Werst westlich von Demir-Chan-Schura vorgezogen.

Friede, Freiheit und Recht.

Von Fritz Zaurmann, Mann.
(Aus „Mitteilungen des Deutschen Ausland Instituts“.)

Das Völkermorden hat ein Ende. Ein Sturm hat das Meer der Völkereidenschaften angepörscht und durchwühlt, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat. Noch liegt der Schrecken in der Luft, ringt die Nacht mit dem Licht. — Ein Volksdrei stellt durch das All: „Friede, Freiheit und Recht“. Ein Schrei der Not, aber auch des unbezweifelten Willens der Völker.

Und ist er nicht berechtigt, dieser gewaltige Wunsch nach Freiheit und Selbstbestimmung? Und haben nicht auch wir ein Recht zu rufen: „Wir wollen Deutsche sein, wir Deutsche in aller Welt, ein einzig Volk von Brüdern?“ Haben wir nicht ein Recht darauf, gehört zu werden?

Der Rufus unserer deutschen Brüder in der Ferne klingt dazwischen: „Berzest uns nicht, auch wir sind Deutsche.“ Und wir wollen, wir müssen ihnen helfen. Wir wollen uns zusammenschließen unter dem Banner: „Friede, Freiheit und Recht“, wir Deutsche in aller Welt.

Überall sehen wir neue Nationen entstehen oder ihre nationale Selbständigkeit durchsetzen, sogar bei solchen, die erst ihr historisches Anrecht auf Selbständigkeit entdecken mußten. Und wir sehen, wie sich die Entente mit scheinheiliger Maske als die Vertreterin, als die Beschützerin derselben aufstellt, und immer und immer wieder hören wir Wilsons Worte von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Aber wir sehen auch die praktische Handhabung der vorzogen Punkte Wilsons und empfinden es wie ein Dolchgeschädel auf die Gerechtigkeit.

Gerade in Russland ist die Kleinrentenbildung zur beschränkten Entwicklung gelangt, gerade dort fühlt sich die Entente berufen, sich als Schutzherrin der „unterdrückten“ Völker aufzuspielen. Wer aber denkt bei alledem auch nur mit einem Worte der Millionen Deutscher im Auslande und besonders in Russland, die dort ebenfalls in geschlossenen Siedlungsgebieten anfangig sind? — Ungehört verhallt ihr Notdrei in dem Völkerrirrwarr, überhört oder totgeschrien, vielleicht auch absichtlich überhört? — Unseren Feinden können wir das nicht übernehmen, wir haben schon hier Gelegenheit gehabt, ihre völkerefreienden Grundsätze auf ihre Echtheit zu prüfen, aber wir, wir dürfen und können nimmermehr an der hilflosen Not unserer Volksgenossen da draußen vorbeigehen. Wir dürfen sie nicht fallen lassen, um sie nicht für immer zu verlieren. Wir müssen der Welt zeigen, daß der Fall des morschen Staatsgebäudes nicht auch unsere Ration in Trümmer gesetzt hat. Wir müssen gemeinsam mit ihnen über die Reichsgrenzen hinaus ein Ganzes bilden, ein zielbewusstes, freies und hartes deutsches Volk. Wir müssen ihnen zeigen, den Brüdern da draußen, daß das Mutterland sie nicht vergessen hat und daß, obwohl auch uns die Not drückt, wir bereit sind, ihnen zu helfen und für sie einzutreten zur Wahrung ihrer nationalen Rechte und zur Linderung ihrer Not.

Besonders erscheinen mit die deutschen Kolonisten an der Wolga, die mit etwa 700 000 Seelen an beiden

Ufern der Wolga von Samara bis Jarisch angeschlossen sind, unserer Hilfe und Unterstützung bedürftig, die nach Ablauf des Breiter Friedens zu große Hoffnungen auf das Mutterland setzen und schon mit Freunden den Tag herbeisehnen, der sie aus dem Sklavenjoch heraus- und zurückführen sollte in das Land ihrer Väter, in das Land neuerwachteter Hoffnungen.

Schon die Geschichte ihrer Kolonien *) ist von Anfang bis zu Ende eine Leidensgeschichte. Ihr Leben — ein Leben voll Arbeit und wenig Erfolg. Aber dennoch haben sie trotz Schicksalsschläge der verschiedensten Art, trotz aller übelwollenden Schläge der russischen Regierung und ihrer betrügerischen Beamten ihr Deutschtum erhalten und sind stolz darauf, Deutsche zu sein. Da traf sie plötzlich der Krieg, in einer Zeit, da auch ihre Kolonien schon begannen (infolge der Aufhebung des Mir und anderer Maßnahmen der russischen Regierung), ihre bisherige Geselofsarbeit zu verlieren. Mit dem Kriege setzte gleichzeitig eine Era der niedrigen Deutschebene und Verfolgung ein. Nicht nur mit der Verfolgung der Reichsdeutschen begnügten sich die Deber, sondern ihr Fanatismus richtete sich auch gegen alles, was mit deutscher Zunge redete, so auch gegen die Kolonisten des Wolgagebietes, obwohl sie schon anderthalb Jahrhunderte russische Staatsbürger waren, obwohl ihre Väter, Söhne und Brüder an der russischen Front gegen ihre deutschen Volksgenossen von drüben zu kämpfen gezwungen wurden. Schrecklich war die Zeit, die nimmer über die Kolonien herbrach.

Die deutsche Sprache wurde in Wort und Schrift verboten, ungeachtet dessen, daß es in diesen Kolonien eine Menge von Leuten gibt, die kein Wort Russisch verstehen. Das Demuniziantum war in der Blüte und Verbannungen und Güterkonfiskationen an der Tagesordnung. Das Requisitionrecht wurde in willkürlichster und schamloser Weise auf die Kolonisten angewandt. Die zahlreichen Vertriebenen und Flüchtlinge aus Wolbunien und Polen fielen hauptsächlich den Kolonien zur Last. Die Kolonisten wurden Zeuge des Unglücks ihrer deutschen Brüder aus dem Westen. Und sie durften noch nicht einmal Hilfe leisten, denn man fürchtete die Demunizianten wie die Hölle, und das nicht mit Unrecht. Nach und nach kamen auch deutsche Kriegsgefangene in die Kolonien und in das Wolgagebiet. Eine rührende Fürsorgegätigkeit der Kolonisten entwickelte sich, allerdings unter strengster Geheimhaltung und den schwiebigsten Umständen, und gar mancher deutsche Kriegsgefangene hat sein Leben der Hilfe der Kolonisten zu verdanken; vielleicht zum ersten Male fühlten sie die Zusammengehörigkeit mit den deutschen „Ausländern“ (wie wir wohl gewöhnlich in der Kolonistenbrache genannt werden). Aber auch mancher mußte den Häschem des Jarismus dafür mit Verbannung büßen.

Doch das Schlimmste sollte den Kolonien noch bevorstehen. Ein kaiserlicher Erlaß ordnete die Mäunung der Kolonisten und die Enteignung ihrer Güter an — da kam die Revolution und machte diesem teuflischen Plane einen Strich durch die Rechnung. Die Revolution also brachte — oder versprach es wenigstens — die Befreiung von der zaristischen Sklaverei und den Völkern Russlands das Selbstbestimmungsrecht. Langsam begann sich die gedrückte Stimmung etwas aufzuhellen, und neue Hoffnung zog wieder in den Kolonien ein.

Da brach die Oktoberrevolution herein, mit ihr die bolschewistische Terroristen-Herrschaft über das Land, mit ihr der Bürgerkrieg. Jetzt mußten die Kolonien an der Wolga auch den Krieg aus nächster Nähe kennen lernen, reißt wurden selbst mehrfach zum Schaulafge Wüter Klämpen zwischen Bolschewikenhorden, Kosaken, Tschischeu-Clawen, roter und weißer Garde. Wechselweise waren diese die Herren in den verschiedenen Kolonien. — Es trübte sich die Feder über die einzelnen Schicksalsseiten zu berichten, die die Bolschewikenregierung kennzeichnen, aber wer es am Plage gesehen und gehört hat, kann das Elend und den Schmerz dieser armen heimgesuchten Menschen nicht vergessen.

Inzwischen war der Friede zu Brest-Litowsk geschlossen worden und man hat den russischen Kolonisten darin

*) Das Deutsche Ausland Institut hat jetzt eine Geschichte der deutschen Wolgaskolonien herausgebracht, die ein Kolonistenjohn, Dr. Bonnewitz, geschrieben hat und die über all diese Fragen sachkundig unterrichtet.

eine zehnjährige Frist gesichert für die Rückwanderung ins Mutterland, um ihnen Gelegenheit zu geben, ihre bewegliche und unbewegliche Habe zu liquidieren. Es ließ in den betr. Bestimmungen (Kap. 6, §§ 21 und 22 d. deutsch-russ. Zusatz-Vertr. v. 3. 3. 18) u. a. auf den Angehörigen der vertragsschließenden Teile, die aus den Gebieten des anderen Teiles stammen, während einer Frist von 10 Jahren das Recht der Rückwanderung freistellt. Die zur Rückwanderung berechtigten Personen sollen die Entlassung aus ihrem bisherigen Staatsverbanne erhalten. Auch soll ihr Verkehr mit den diplomatischen Vertretern des Stammlandes in keiner Weise gehindert werden. Die Rückwanderer sollen für die ihnen während des Krieges wegen ihrer Abwanderung zugefügten Unbilden eine billige Entschädigung erhalten, durch die Rückwanderung keine vermögensrechtlichen Nachteile erleiden, besagt sein, ihr Vermögen zu liquidieren und den Erlös, sowie sonstiges bewegliches Eigentum mit sich zu führen etc. etc. — Die (im Artikel 7, § 1 Abs. 4) vorgezeichneten Kommissionen werden auch die Fürsorge für die Rückwanderer übernehmen.

Inwiefern obige Vertragsbestimmungen überhaupt durchführbar waren oder gewesen wären, ist heute nicht mehr der Erörterung wert, da der Brester Vertrag als nicht mehr bestehend anzusehen ist. Aber immerhin muß gesagt werden, daß schon damals die sich rechtlich um die Vertragsausführung bemühenden Kommissionen auf einen solchen Widerstand von seiten der Stojerregierung trafen, daß ihre Amtstätigkeit nurmehr noch ein Kampf mit vieler zu nennen war. Deshalb war auch der erzielte Erfolg entsprechend gering. Denn so leichten Kaufes wollten die Bolschewiken ihre Dofen nicht aus den Strahlen lassen, sie stellen es zuerst noch fühlbar, daß die Bolschewiken neben ihrer „internationalen“ auch eine ausgeprägten deutschfeindliche Gesinnung hatten. Das war der Anfang. Aber des Schreckens sollte auch so bald noch kein Ende sein, die armen Kolonisten hatten den Leidensbecher noch nicht zu Ende geleert. —

Dah sich keine kleine Anzahl der Kolonisten zum Auswandern rüstete, liegt für jeden klar auf der Hand, der die Leidensgeschichte unserer Brüder an der Wolga kennt. Aber leider konnte nur ein ganz verschwindend kleiner Prozentsatz dazu kommen, seine Pläne in die Wirklichkeit zu verwandeln. Der weitaus größte Teil mußte zurückbleiben, konnte höchstens seinen Austritt aus dem russischen Staatsverbanne (und auch das nur in den allerletzten Fällen) erreichen und schwebt nun politisch zwischen Himmel und Erde.

Ich fand damals als Leiter einer Abteilung der Kommission in Jarzyn vor; derselben war eine Menge Rückwandererträge aus der nahegelegenen Kolonie Saratow u. a. zugegangen, die im Laufe der nächsten Zeit soweit erledigt werden konnten, daß die betreffenden Familien mit der ersten Möglichkeit hätten überleben können. Aber es kam die Zeit heran, daß die Kriegs- und Zivilgefangenen dieses Distriktes alle weggebracht waren und die Abteilung planmäßig abbrechen mußte, das Gesicht der Kolonisten der Saratower Kommission überlassend. Die Bolschewiken hatten das übrig getan, um jeder Möglichkeit einer Aus- oder Rückwanderung der betreffenden Kolonisten einen Nigeln vorzulegen.

Kaum war ich in Saratow angekommen, da traf mich bereits die Nachricht, daß sofort nach unserer Abreise alle Kolonisten, die um die Entlassung aus dem russischen Staatsverbanne nachgesucht hatten, verhaftet und (da alle Gefängnisse zu dieser Zeit infolge der zahllos verhafteten Geiseln überfüllt waren) in Räumen auf der Wolga unter den unmenschlichsten Bedingungen gefangen gehalten wurden, u. a. der mir sehr nahelebende Anstalt Saratows (ein Mann der unteren Kriegsgefangenen zahllose Viebsdienste erwiesen hat). Den Verhafteten soll der Prozeß wegen Hochverrats, resp. Gegenrevolution gemacht werden was bei der bolschewistischen Rechtspraxis dem Tode durch Erhängen, Erschießen oder noch schlimmerem gleichkommt. —

Das war im Monat September vergangenen Jahres. — Was aber mag inzwischen aus allen diesen armen Menschen geworden sein? Denn obwohl schon damals die Bolschewiken sich über den Erfolg ihrer Provokanda in und gegen Deutschland ziemlich sicher waren (1), dürfte dennoch inzwischen noch eine Verschlechterung des Verhältnisses zu den Kolonisten, resp. Rückwanderern eingetreten sein, nachdem erst einmal die deutsche Revolution und damit Deutschlands gänzliche Ohnmacht im Osten zur Wirklichkeit geworden war. Dazu kommt noch, daß die deutschen Kommissionen, die schon damals der Stojerregierung gegenüber nur sehr beschränkte Autorität besaßen, inzwischen ihre Tätigkeit aufgeben mußten und das Vaterland genötigt war, die Rückwanderer-Kolonisten ihrem Schicksale zu überlassen. Was das bedeutet, kann man nur ersehen, wenn man die Terrorherrschaft der Bolschewiken kennt.

Drum wollen wir unserer Brüder nicht vergessen, wollen und dürfen wir ihnen unsere Hilfe nicht verweigern. Und wenn wir auch selbst augenblicklich mit der Not zu kämpfen haben, so wäre es ein doppelttes Versehen und würden es uns unsere Brüder, da draussen doppelt hoch anrechnen, wenn wir ihnen Hilfe brächten in der Be-

drängnis. Drum aber dürfen wir nicht mehr länger zögern, sondern müssen unsere berechtigten Forderungen vor aller Welt laut werden lassen, dürfen nicht stille schweigen und damit verstoßen auf unsere Rechte. Wir müssen unseren Brüdern die Möglichkeit schaffen, sich mit dem Mutterland wieder vereinen zu können, und dürfen nicht vergessen, daß in diesen Stunden die Hoffnung von Millionen an uns hängt.

Drum nochmals, wollen wir's laut betonen: Bei der Selbstbestimmung der Völker müssen auch wir Deutsche gehört werden, sie darf nie zur Weltverteilung von Ententegegnaden werden im Namen von „Friede, Freiheit und Recht“.

Aus dem deutschen Leben.

Rundschreiben des Zentral-Vorstandes an die Vorstände der Ortsgruppen.

Der Zentral-Vorstand hat folgendes Rundschreiben verfaßt, das wir allen Mitgliedern der einzelnen Ortsgruppen zur Kenntnis gebracht wissen wollen, damit sie ihrerseits etwaigen Unterlassungen der Vorstände rechtzeitig vorbeugen können:

Auf der letzten Delegierten-Versammlung (im April d. J.) wurde das Budget des Verbandesorganes, der „Rautafischen Post“, für das nächste Viertel, d. h. die Monate: Mai, Juni und Juli, festgesetzt und einstimmig bekräftigt. Vorausgesetzt wurde hierbei, daß die nächste Delegierten-Versammlung statutengemäß noch im Laufe des Juli stattfinden werde. Nun hat es sich jedoch als unmöglich erwiesen, dieselbe früher als zum 12. August einzuberufen. Es ergibt sich somit die Notwendigkeit, für die erste Hälfte des August ein zeitweiliges Budget aufzustellen und laut diesem die auf die einzelnen Ortsgruppen prozentualer entfallenden Beträge rechtzeitig empfangen. Die dem Ergänzungsbudget sind natürlich die nämlichen Kosten zugrunde zu legen, welche in dem Budget für das verfloßene Vierteljahr vorgelegen waren, wobei allerdings eine gewisse Erhöhung der diesbezüglichen Zahlungen in die Berechnung aufzunehmen ist, da die Sezer seit dem 1. Juli einen um 35% größeren Lohn, als im Budget vorgezeichnet war, zu erhalten haben, worüber weiter unten eine Erklärung folgt, und die Drucklegung voraussichtlich um 25% teurer zu stehen kommen wird, als in der Zeit bis zum 1. Juli.

Ausgehend von diesen Erwägungen, hat der Zentral-Vorstand des Verbandes in seiner Sitzung vom 17. d. Mts. oben erwähntes zeitweiliges Budget ausgearbeitet und einstimmig bekräftigt. Von der Einsetzung der Herausgabe der „Raut. Post“ für die Zwischenzeit, d. h. bis zur nächsten Delegierten-Versammlung, hat der Zentral-Vorstand absehen zu müssen geglaubt, und zwar aus folgenden Gründen: 1) liegt kein Bedürfnis der Delegierten-Versammlung vor, der ihn zu einer solchen Handlungsweise berechtigte; 2) wäre eine Unterbrechung im Erscheinen der Zeitung unter den gegenwärtigen, überaus kritischen Verhältnissen mit den Aufgaben, die der Verband verfolgt, nichts weniger als vereinbar, was auch durch den Beschluß der letzten Delegierten-Versammlung erhärtet wird: die „Raut. Post“ als Verbandsorgan unbedingt weiter erscheinen zu lassen, da die Bedeutung des Verbandes ohne ein derartiges Sprachrohr so gut wie hinfällig würde; 3) müßten die Gehälter, welche den Sezern und dem Redaktionspersonal zuzukommen, auch für die Zeit des Nichterscheinens der Zeitung ausgefordert werden, da diese Verpflichtung nur in dem Falle fortfiel, wenn die genannten Angestellten zum Ablauf der Budgetperiode, also zum 1. August, entlassen würden, was aber vertragsgemäß nur unter der Voraussetzung geschehen konnte, daß ihnen der dreimonatliche Gehalt als Entgelt für die Arbeitsentziehung sofort im voraus ausbezahlt würde, welche Mittel aber dem Zentral-Vorstand nicht zur Verfügung stehen und die er auch unter feigen Umständen für Rechnung des Verbandes, sei es selbst nur leihweise, eben aufzubringen imstande ist, zumal durch die Mißständigkeit der meisten Ortsgruppen bezüglich ihrer Zahlungsverpflichtungen für den Unterhalt der Verbands-Verwaltung und Herausgabe des Verbandsorganes in der verfloßenen Periode und weiter zurück die Kreditfähigkeit des Zentral-Vorstandes ausgezehrt erscheint.

Die Vornahme für die Sezer und die Nebenausgabe für die Drucklegung seit dem 1. Juli d. J. anlangend, ist zu bemerken, daß erstere mit 35% gegen die bis dahin ausbegebene Zahlung (1380 Rbl. monatlich pro Sezer, die Überstunden nicht mitgerechnet), erfolgt ist, und daß diese Mehrforderung von der zukünftigen staatlichen Institution, der „Tarif Palaz“, als durch die inzwischen (seit den 1. April d. J.) eingetretene Verteuerung der Lebensmittel vollumfänglich begründet anerkannt und dementsprechend als verbindlich für die Arbeitgeber, also im gegebenen Falle für den Zentral-Vorstand, als Auschuß des Verbandes der transkaukasischen Deutschen, bekräftigt worden ist; was aber die Nebenausgabe für die Drucklegung betrifft, und zwar um 25% (voraussichtlich nicht um ganze 35%), so ergibt sich dieselbe aus der nämlichen Lohnverhöhung, die sich auch auf die Drucker in den Typographien bezieht und aus der dann die Verteuerung der Druckerarbeit von selbst folgt. Zur Erklärung der Preis-

steigerung für die Drucklegung der „Raut. Post“ nur um 25%, statt der Norm von 35%, sei hier eingeleitet, daß der Zentral-Vorstand hofft, die Forderung der Typographie, in welcher die „Raut. Post“ gedruckt wird, die fraglichen 10% herabzürücken zu können.

Das Ergänzungsbudget für den halben Monat August beläuft sich auf 11 500 Rbl., nach folgender Ausrechnung: a) 3 Sezer, die nummehr einen Monatsgehalt von 1863 Rbl., in Summa 5589 Rbl., und für obligatorische Überstunden (70, hat das eigentlich erforderlichen vierten Sezers), die doppelt bezahlt werden müssen, insgesamt 1304 Rbl. 80 Kop., alles in allem aber im Monat 6893 R. 80 Kop., oder für den halben Monat 3446 Rbl. 50 Kop., zu erhalten haben; b) Druckkosten: für 9 Nummern im Monat (früher à 240, jetzt à 300 Rbl.)—2700 Rbl., oder pro halben Monat—1350 Rbl.; c) Papier (18 Pbd zu 500 Rbl. pro Monat, also pro halben Monat: 9 x 500 =) 4500 Rbl. (jede Nummer beanprucht ca. 2 Pbd); d) schriftleitender Heftbote (der zugleich die Korrekturen besorgt) monatlich 2500 Rbl., also für den halben Monat 1250 Rbl.; e) Expeditor (zugleich Buchhalter) monatlich 775 Rbl., also für den halben Monat: 387 R. 50 K.; f) Austräger (in Tiflis) monatlich 200 Rbl., macht für den halben Monat: 100 Rbl.; g) verschiedene laufende Ausgaben (Ankauf von Einzelreplaren der Tagesblätter, die den Austausch verweigern, ferner Fotokopien, Schreibpapier, Tinte, Federn etc.) monatlich 900 Rbl., pro halben Monat: 450 Rbl., was insgesamt 11 484 R. 40 K., oder rund 11 500 Rbl. für die erste Hälfte des August ausmacht.

Von diesem Betrage entfallen nun, unter Jugendbegleitung des von der letzten Delegierten-Versammlung festgesetzten Prozentes der von den einzelnen Ortsgruppen zu entrichtenden Zahlung an die Kasse des Zentral-Vorstandes für die Herausgabe der „Raut. Post“, auf die Ortsgruppe (folgt der Name) (..... %) Rbl. Kop., um deren unverzügliche Ueberweisung an den Zentral-Vorstand den Vorstand der Ortsgruppe hiermit dringend erucht, da er im Falle des Ausbleibens dieser Summe die Verantwortung für die Folgen der Unterlassung von sich auf die schuldigen Ortsgruppen, nach Maßgabe ihrer nicht geleisteten Zahlung, abwälzen sich gezwungen sehen wird. (Unterschriften.)

Katharinenfeld.

Im Mißverständnis vorzugehen, macht die Verwaltung des Katharinenfelder Bildungsvereins die Grundfrage bekannt, auf welchen der Verein bestehen muß bei einer etwaigen Übergabe seiner höheren Elementarschule an die Gemeinde:

- 1.) In der Gemeinde Katharinenfeld sind zwei Schulen: a) eine Elementarschule und b) eine höhere Elementarschule mit ihren Vorbereitungsabteilungen.
- 2.) Beide Schulen stehen als Kinder derselben Gemeinde gleichberechtigt neben einander und sind offen für alle deutschen Kinder des Dorfes; auch ist der Übertritt eines jeden Kindes aus einer beliebigen Klasse einer jeden Schule in eine, den Kenntnissen des Kindes entsprechende, Klasse der andern Schule vollständig frei.
- 3.) Jedes schulpflichtige deutsche Kind der Kolonie (da auch die auswärtigen Deutschen der hiesigen Einkommensteuer unterliegen) hat den gleichen Anspruch auf die aus der Einkommensteuer für Schulpflichte bestimmte Summen, d. h. wenn für die Kinder der einen Schule für eine bestimmte Anzahl von Jahren das Schulgeld teilweise oder ganz durch die Einkommensteuer aufgebracht wird, so muß der auf jedes Schulpflicht kommende Teil dieser Unterstützung auch jedem Kind der andern Schule für die gleiche Zeit zugute kommen.
- 4.) Auch schaft die Gemeinde genügende und zweckentprechende Schulräume für beide Schulen.
- 5.) Die Verwaltung jeder Schule wird gewählt von den Eltern und Lehrern der betreffenden Schule.
- 6.) Die Gemeinde wohnt aus ihrer Mitte eine Schulkommission zur Prüfung der aus der Einkommensteuer für beide Schulen gemachten Auslagen und zur Zuständigkeit der Schulräume. In dieser Gemeinde-Schulkommission sind je drei Vertreter aus den beiden Schulverwaltungen. Alle übrigen Angelegenheiten ordnet für jede Schule die betreffende Schulverwaltung.
- 7.) Es steht jeder Schulverwaltung frei, mit Zustimmung der Eltern ihrer Schulkinder, außer den aus der Einkommensteuer erhaltenen Mitteln, auf Kosten der Eltern jede beliebige Aufbesserung ihrer Schule vorzunehmen.

Im Auftrage des Bildungsvereins:
Die Verwaltung.

Herausgeber: Der J.-B. des Verbandes der transk. Deutscher.
Verantwortlich für d. Redaktion: Das Redaktionskomitee.

Ein möbliertes Zimmer

mit separatem Eingang ist zu vermieten an einen deutschen soliden Herrn in einer deutschen Familie.
Adresse: Вешкоязыкская № 113а кварт. 1.
Zu beschen von 6 bis 12 Uhr. 1-1